



Medienmitteilung

Bern, 31. Oktober 2008

VSPB-Forum Innere Sicherheit: Experten äussern sich zur urbanen Gewalt

Am 31. Oktober 2008 fand in Bern das zehnte VSPB-Forum Innere Sicherheit statt. Ausgewiesene Experten äusserten sich zum Thema urbane Gewalt. Aus dem Nachbarland Frankreich berichtete mit Alain Bauer eine vielbeachtete Persönlichkeit über die Entwicklungen des Phänomens. Der bekannte Kriminologe spielte als Beauftragter von Staatspräsident Nicolas Sarkozy bei den Jugendunruhen in den Banlieus eine zentrale Rolle. Thomas Kessler, seit 1998 Leiter der kantonalen Integrationsstelle «Integration Basel» und Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen, plädiert für eine bessere Familienpolitik und die Investition in die Stadtentwicklung. Olivier Guéniat, der die Neuenburger Kriminalpolizei seit elf Jahren leitet, belegte anhand verschiedener Statistiken, dass die Kriminalitätsrate eher rückläufig, das subjektive Gefühl jedoch anders ist. Nationalrat Luzi Stamm berichtet vor allem aus seinen Erfahrungen am Gericht, als Stadtrat, Nationalrat und Rechtsanwalt.

Für sein diesjähriges «Forum Innere Sicherheit», das am 31. Oktober 2008 bereits zum zehnten Mal durchgeführt wird, wählte der Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB das Thema urbane Gewalt und lud dafür ins Kulturkasino Bern ein. Auch wenn die Schweiz im Vergleich mit dem Ausland relativ sicher sei, sei urbane Gewalt, vor allem begangen durch Jugendliche, tatsächlich ein gesellschaftliches Phänomen, sagte der Berner Sicherheitsdirektor Stephan Hügli in seinem Grusswort und zählte auf, welche Massnahmen die Bundeshauptstadt ergreift, damit sie punkto Sicherheit weiterhin ganz oben im Ranking der europäischen Grossstädte figuriert.

Gesicherte Erkenntnisse aus Frankreich

Alain Bauer, Präsident des Informationsrates des nationalen Kriminalitätsbeobachtungsstelle Frankreichs und Berater des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, beleuchtete die Geschichte der urbanen Gewalt, die bereits 1836 in Amerika einsetzte und deren moderne Form seit 1992 besteht. Während sich urbane Gewalt in vielen Ländern gegen andere Ethnien richtet, ist in Frankreich vor



allem der Staat das Ziel. Auch wenn eine statistische Erfassung schwierig ist, gab es in den vergangenen 10 Jahren eine lineare Entwicklung von Gewaltakten, die sich in Frankreich vor allem in den Vorstädten bemerkbar macht. Auch hat die Polizei vermehrt gegen organisierte Gruppen anzutreten, deren Mitglieder immer jünger werden und denen immer mehr junge Frauen angehören. Eine Besonderheit stellt das Verhältnis der Gewalttäter und der Polizei dar und auch das Auftreten der Gewalttaten in der Nacht. Um Ruhe herzustellen, muss sich die Polizei auf diese speziellen Gegebenheiten einstellen. Es gebe, so Bauer, keine fixfertigen Rezepte gegen urbane Gewalt, vielmehr brauche es massgeschneiderte Konzepte, in die alle Beteiligten involviert werden und denen detaillierte Analysen zugrunde liegen.

Massnahmen an der Spitze der Kette statt Symptombekämpfung

Der Leiter der kantonalen Integrationsstelle «Integration Basel» und Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen Thomas Kessler empfiehlt auf Fakten statt Mythen aufzubauen und anstelle von Symptombekämpfung Massnahmen zu ergreifen, die vorne ansetzen, zum Beispiel Sprachkurse bereits für Dreijährige. In der Schweiz bestehen die besten Voraussetzungen, belegt Kessler, um die vielen Immigranten zu integrieren, sei doch unser Land nebst Singapur das meistglobalisierte Land der Welt. Was in einem Land zum Erfolg führe und Kriminalität vermeide, sei ein hohes Bildungs- und Leistungsniveau. Es gelte deshalb, Einwanderer vom ersten Tag an zu fördern, aber auch zu fordern, was in Basel erfolgreich praktiziert wird. Man müsse in die Menschen investieren, Menschen und Familien integrieren sowie in die Entwicklung der Städte forcieren, rät der Fachmann. Auch er plädiert dafür, dass Polizei, Integrationsbehörden und anderen involvierte Stellen zusammenhalten. Vor allem fehle in der Schweiz eine Kinder- und Familienpolitik, weshalb die Probleme viel zu spät erkannt würden. Ausserdem schlägt er vor, Grenzwaiche und Polizei auf Kosten der Armee auszubauen.

Verschlechterung ist nur subjektiv

Olivier Guéniats Ausführungen basieren auf seinem Buch «La délinquance des jeunes - L'insécurité en question», in dem er vor allem Statistiken analysiert. Er verweist darauf, dass die Realitäten in den verschiedenen Regionen der Schweiz sehr unterschiedlich sind. Anhand von Statistiken versuchte er, ein aktuelles Bild der Situation zu vermitteln. So konnte er nachweisen, dass die Vergehen in den vergangenen 25 Jahren in Relation zur Bevölkerung abgenommen haben, auch wenn das subjektive Gefühl in der Bevölkerung



zuweilen anders ist: Tötungsdelikte, Raubüberfälle, Körperverletzungen durch Schusswaffen sind sehr deutlich zurückgegangen. Auch die Auffassung, dass Jugendliche mehr zu Gewalt neigen, lässt sich gemäss seinen Statistiken widerlegen: «In der Praxis hat sich nichts verschlechtert, nur in unseren Köpfen.» Dies hänge damit zusammen, dass negative Meldungen ungleich mehr Gewicht hätten als positive, was ein falsches Bild in der Bevölkerung hervorrufe. Die Toleranzschwelle der Bevölkerung schätzt er als insgesamt tiefer ein als früher, weil sich alle eine bessere Welt wünschten, was nicht unbedingt der Realität entspreche. Stark verändert mit der virtuellen Welt habe sich auch der Realitätsbezug. Die Hauptaufgabe heute sei es nun, die staatlichen Autoritäten zu dekriminalisieren, nicht das Elend zu kriminalisieren.

An der nachmittäglichen Diskussionsrunde, die von Erich Gysling geleitet wurde, nahmen nebst den Referenten auch Dr. Peter Rüeegger, Chef Kommissariat Ermittlungen der Stadtpolizei Zürich, und Herbert Wyss, Psychologe und Gewaltexperte, teil. Dabei kamen Aspekte aus den Referaten vertieft zur Sprache, und es zeigte sich, dass die Standpunkte zu Präventions- und Bekämpfungsmassnahmen sowie Gewaltentwicklung sehr unterschiedlich waren.

Weitere Informationen erteilen:

Heinz Buttauer, Präsident VSPB, Tel. 076 433 16 28

Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64